



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Wort über die bevorstehenden preußischen Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ein Wort über die bevorstehenden preussischen Wahlen.

Beim Beginn der abgelaufenen Periode der Sitzungen war ein Theil der Opposition in der Stimmung, als wäre der preussische Parlamentarismus hoffnungslos, oder gebe wenigstens nicht soviel Aussicht auf eine gedeihliche Entwicklung, um den Einzelnen für seine unerfreuliche Thätigkeit in der Kammer zu entschädigen. Von den ausgezeichnetsten Führern der Opposition traten mehre aus, und die Wahlen wurden wenigstens in einem Theil der Monarchie lässig betrieben. So kam es denn, daß die Wahlen ungünstig ausfielen. Die Opposition war in der Minorität, und das war um so schlimmer, da sie aus drei ganz entgegengesetzten Elementen bestand: aus den Liberalen, den vereinigten Katholiken und den Polen. Die beiden letztern waren sehr unzuverlässige Bundesgenossen, und selbst da, wo sie in der Abstimmung sich an die Liberalen angeschlossen, mußte man sich häufig gestehen, daß es aus sehr verschiedenen Gründen geschah.

Es wäre schlimm, wenn die neuen Wahlen ein ähnliches Resultat gäben. Zwar sind die Aussichten der liberalen Partei dadurch etwas günstiger, daß die sogenannte demokratische Partei d. h. derjenige Theil der Liberalen, die sich bisher an dem parlamentarischen Leben Preußens nicht theilgenommen hatten zum großen Theil voraussichtlich dies Mal ein anderes Verfahren einschlagen wird. Allein man darf den Einfluß dieser Theilnahme nicht überschätzen, denn der Einfluß der untern Volksschicht ist bei dem gegenwärtigen Wahlsystem ein sehr geringer, und es bleibt noch immer zweifelhaft, ob man sich überall über die Candidaten einigen wird. Dagegen ist die Abspannung in den Bürgerclassen noch größer geworden, und namentlich ein Punkt im Programm der liberalen Partei, der im vorigen Jahre im Publicum großen Anklang würde gefunden haben, die auswärtige Politik, würde dies Mal manigfaltigen, in der Natur der Sache begründeten Bedenken begegnen. Darum ist es nothwendig, daß die Opposition sich darüber klar macht, worauf sie bei der bevorstehenden Periode ihr Hauptaugenmerk zu richten habe.

Nach unsrer Ansicht soll sie die auswärtige Politik ganz und
Grenzboten. III. 1855.

gar bei Seite lassen und sich lediglich den Fragen der innern Politik zuwenden. Unfre Gründe dafür sind folgende.

Einmal wird voraussichtlich der Einfluß der Kammern auf die Regierung ein sehr geringer sein. Wir haben nicht nöthig, das weiter auszuführen. In den Fällen, wo sie auf dem Rechtsboden stehen, werden sie sich Geltung verschaffen, oder sie müssen es wenigstens versuchen; wo es sich aber um Wünsche, Hoffnungen und dergleichen handelt, wird ihnen die Regierung eine ruhige Ablehnung entgegensetzen. Nun hat zwar die Beschäftigung mit der großen Politik für die Abgeordneten wie für das Publicum in der Regel den größten Reiz, aber wenn sie eine Zeitlang ununterbrochen und ohne allen Erfolg getrieben wird, so verliert sie sich leicht in Declamationen, und das wäre für den ganzen Parlamentarismus ein Unglück.

Sodann ist in jedem Staat ein Einfluß der Kammern auf die auswärtige Politik der Regierung nur dann denkbar, wenn sie von einem gewaltigen Strom der öffentlichen Meinung getragen werden. Das ist seit dem Rücktritt Oestreichs von der westmächlichen Allianz nicht mehr der Fall. Zwar sind die Sympathien des Volks noch immer für die Westmächte und gegen Rußland, aber sie sind nicht mehr so stark, um den Wunsch zu begründen, die Segnungen des Friedens gegen einen zweifelhaften Principienkrieg zu vertauschen. Das Beispiel Oestreichs wird noch lange sehr nachtheilig wirken. Es hat im letzten Jahr eine ungeheure Summe ausgegeben, um im entscheidenden Augenblick zurückzutreten. Dieser Politik gegenüber wird der bei weitem größere Theil des Publicums die Politik des Ministeriums Manteuffel loben und preisen, denn wenn sie auch Preußen nicht sonderlich gefördert hat, so hat sie doch auch dem Lande kein Geld gekostet. Dabei vergißt man freilich, daß die Haltung Preußens auf die wunderliche Wendung der österreichischen Politik wesentlich eingewirkt hat. Aber auch das kann man dem Publicum kaum verdenken, denn am Ende des vorigen Jahres waren die österreichischen Noten gegen Preußen so herausfordernd, daß alle Welt davon überzeugt sein mußte, dieser Staat werde eine unabhängige Politik verfolgen und sich von Preußen in keiner Weise beirren lassen. Daß Oestreich diese Erwartung getäuscht hat, gibt namentlich der persönlichen Politik des Ministerpräsidenten, von dem man keineswegs glaubt, daß er unbedingt für die Kreuzzeitungspartei und für Rußland ist, einen großen Vorschub, und ein Versuch, von dieser Seite seine Politik anzugreifen, würde heute bei dem unbetheiligten Bürgerthum wenig Anklang finden. Ja wir gehen weiter. Die Unklarheit der Situation vermehrt sich noch dadurch, daß man über das Verhältniß der Westmächte zu Deutschland so gar keine gewisse Nachricht hat. Man hat im vorigen Jahre immer angenommen, die Engländer und Franzosen würden durch die Größe der Situation auch zu einer größern Auffassung bestimmt werden; sie würden

ihren kleinlichen, erbärmlichen Neid gegen Deutschland aufgeben. Das scheint aber keineswegs der Fall zu sein. Sie haben sich nicht einmal bewogen gefunden, Oestreich durch Unerbietung starker Subsidien in seiner bisherigen Stellung zu erhalten, viel weniger werden sie geneigt sein, in Beziehung auf die dänische Frage, die einzige, aus der Deutschland reelle Vortheile ziehen kann, Concessionen zu machen. Wir sind über die geheimen Verhandlungen nicht unterrichtet, aber die Aeußerungen der englischen Presse sind deutlich genug. Wenn Preußen sich dem Kriege gegen Rußland anschließt, so ist das ein so ungeheures Unternehmen, daß es mit Recht auch große Anforderungen stellen kann. Solange sich nun England nicht bereit erklärt, auf diese einzugehen, wird man auch kaum die preußische Regierung zum Kriege drängen dürfen. Solange Oestreich in Waffen stand, war die Sache anders; aber an eine neue Bewaffnung Oestreichs wird vor der Hand nicht geglaubt werden können, und so wird auch Preußen eine günstigere Situation abwarten dürfen, um für große Opfer auch Großes zu gewinnen.

Mit dieser Erklärung wollen wir keineswegs der bisher befolgten Politik Recht geben. Hätte Preußen und mit ihm die deutschen Mächte sich im vorigen Jahr dem Decembverbündniß angeschlossen, so hätten wir jetzt entweder den Frieden, oder der Krieg erhielt eine europäische Ausdehnung und sein Object wurde nothwendiger Weise die Modification des bisherigen Besitzstandes. Jetzt aber ist die Situation vollkommen unklar, und auf unklare Voraussetzungen kann keine Partei ihr politisches Programm begründen.

Zudem hat die Opposition in Bezug auf die Politik eine viel wichtigere Aufgabe. Ihre Stellung muß hier eine durchaus conservative sein, conservativ gegen den Drang der kleinen, aber mächtigen Partei, die bisher Schritt für Schritt mehr Terrain gewonnen hat; und in dieser conservativen Opposition, in der alle Nuancen verschwinden, kann sie auf die ungeheure Mehrzahl des Volks zählen. Es gilt erstens, die Verfassung selbst aufrecht zu halten, zweitens die strenge Beobachtung derselben zu controliren, endlich drittens die bürgerliche Gesetzgebung, welche die altpreußischen Principien der Stein-Hardenbergschen Zeit gänzlich zu verlassen droht, wieder auf den richtigen Weg zu lenken. Nach allen drei Richtungen hin wird die Kammer in der nächstfolgenden Periode einen schweren Kampf zu bestehen haben; einen Kampf, in dem sie nicht unbedingt dem Ministerium gegenübersteht. Man erinnere sich, daß vor wenig Jahren Herr von Manteuffel öffentlich erklärte, das demokratische Princip, das man mit seinen Verirrungen keineswegs identificiren dürfe, habe in den Bedürfnissen und der Geschichte Preußens seine volle Berechtigung. In der That ist die preußische Gesetzgebung seit 40 Jahren eine vorherrschend bürgerliche gewesen, und das feudalistische Princip, das man an die Stelle derselben zu setzen sucht, ist eine Neuerung. Die Opposition gegen

den Adel ging in den Zeiten der Aufregung zu weit, denn man wollte ideelle Güter zerstören, die sich auf materielle Weise nicht zerstören lassen; man verkannte ferner die Vorzüge des Adels im Staatsleben, die darin bestehen, daß neben dem Interesse auch der Begriff der Ehre festgehalten wird. Seine volle ideelle Geltung soll also der Adel behalten, aber der herrschende Stand darf er nicht wieder werden. In der Wirklichkeit ist auch unmöglich, da gegen die Natur der Dinge auf die Länge keine Partei und keine Doctrin aufkommt. Aber auch die Versuche können verhängnißvoll werden, und diese Versuche rechtzeitig abzuwenden, ist die Aufgabe der conservativen Opposition. Dem Adel soll es unverwehrt sein, seine Interessen und Ideen innerhalb der bestehenden Verhältnisse geltend zu machen, aber die Mittel dazu muß er innerhalb der bürgerlichen Bedingungen suchen, weil sie die allein realen sind. Jeder einsichtsvolle Edelmann wird darin auf Seite des Bürgerthums stehen, weil er begreift, daß gewaltsam gesteigerte Ansprüche, wo doch die Kraft auf die Dauer nicht ausreicht, zu den allergefährlichsten Rückschlägen führen müssen.

Zur Geschichte der preussischen, österreichischen und deutschen Politik. *)

1.

1795—1797.]

Mit dem Feinde des deutschen Reiches, mit der Republik Frankreich, schloß Preußen 1795 den Separatfrieden von Basel. Es wurde eine Demarcationslinie gezogen und Preußen verbürgte sich für die strenge Neutralität der innerhalb der Linie gelegenen Regierungen. Oestreich dagegen schloß mit England ein neues Schutz- und Trugbündniß, dem beizutreten auch Rußland eingeladen wurde, um zur Herstellung und Erhaltung des Friedens in Europa eine Tripelallianz zu gründen. Deutschland war somit in ein österreichisches und preussisches Lager getheilt.

Ein solches Ende nahm die österreichisch-preussische Coalition. Dieser Bund, der einen Kreuzzug für Thron und Altar angekündigt hatte, war in einen selbstsüchtigen Kampf um Sonderinteressen umgeschlagen. Weder die österreichische noch die preussische Politik hatten irgendein Verständniß für die Zeit und für ihre eigne Aufgabe. Der österreichische Minister, Graf Thugut, ohne Glauben an eine sittliche Weltordnung, ohne Achtung und Vertrauen für die Menschen,

*) L. Häusser. Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. Zweiter Theil. Berlin. 1855.